

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
28.07.2014
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 5-10
Schriftführung
Hans-Jörg Fedder
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Donnerstag, 26.06.2014

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 21:33 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmersverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2 Einführung und Verpflichtung der Mitglieder des Integrationsrates**
0199/2014

- 3 Bestellung eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Integrationsrat**
0200/2014

- 4 Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrates**

0201/2014

- 5 Genehmigung der Niederschriften aus den Sitzungen am 14.11.2013 und am 23.01.2014- öffentlicher Teil -**
- 6 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 23.01.2013
(Beschlüsse wurden wie gefasst erledigt.)**
- 7 Mitteilungen der/des Vorsitzenden**
- 8 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 9 Rückblick auf die Wahl des Integrationsrates am 25.05.2014
*0206/2014***
- 10 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohnerinnen und sachkundige Einwohner in Ausschüsse
*0207/2014***
- 11 Bestellung von beratenden Mitgliedern in den Beiräten
*0208/2014***
- 12 Wahl der Mitglieder in Gremien der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvvertretungen (LAGA)/Landesintegrationsrat
*0209/2014***
- 13 Planung der zukünftigen Arbeit des Integrationsrates
*0210/2014***
- 14 Finanzplanung 2014
Verwendung finanzieller Mittel aus dem Budget des Integrationrates
hier: 7 Anträge
*0211/2014***
- 15 Sitzungstermine des Integrationsrates im Jahr 2014
*0212/2014***
- 16 Bericht aus den Ausschüssen und Arbeitskreisen**
- 17 Anträge**
- 17.1 Antrag des Integrationsratsmitglieds Frank Samirae - Diversity Management für die Stadt Bergisch Gladbach und Beitritt zur "Charta der Vielfalt" -
*0246/2014***
- 17.2 Antrag vom 11.06.2014 zu Arbeitskreisen des Integrationsrates**

0249/2014

18 Anfragen

18.1 Anfragen zur Umsetzung des Integrationskonzeptes
0232/2014

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Altersvorsitzende Herr Farber eröffnet die erste Sitzung des Integrationsrats in der neunten Wahlperiode des Rates und begrüßt die Anwesenden. Er hofft auf eine gute Zusammenarbeit. Herr Farber stellt fest, dass ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und der Integrationsrat beschlussfähig ist. Herr Schacht teilt mit, dass er die Sitzung um 18.30 Uhr verlassen muss.

Herr Bartoszewicz beantragt, die Tagesordnung bis TOP Ö 12 abzuhandeln und zur Behandlung von **TOP Ö 13: Planung der zukünftigen Arbeit des Integrationsrates** eine Klausurtagung schnellstmöglich nach den Sommerferien anzuberaumen. Aus dem TOP Ö 14 möchte er nur den Antrag MiKibU betreffend heute behandeln. Alle weiteren Tagesordnungspunkte sollen vertagt werden. Zur Begründung verweist er auf die umfangreiche Tagesordnung und die Tatsache, dass dem Integrationsrat viele neue Mitglieder angehören.

Herr Farber verweist darauf, dass eine Klausurtagung ohnehin vorgesehen ist. Außerdem geht er davon aus, dass die weiteren Punkte zügig abgearbeitet werden können.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit neun Stimmen bei acht Gegenstimmen)

Der Antrag Herrn Bartoszewicz' wird abgelehnt.

2. Einführung und Verpflichtung der Mitglieder des Integrationsrates 0199/2014

Unter Verlesung des Verpflichtungstextes werden die Mitglieder des Integrationsrates Herr Bartoszewicz, Herr Basyigit, Frau Canales Suazo, Frau Celik, Frau Dönmez, Herr Farber, Herr Hartmann, Herr Iyilik, Herr Ljura, Herr Panzer und Herr Tollih sowie die anwesenden stellvertretenden Integrationsratsmitglieder Herr Cromme, Frau Herkenrath, Herr Kunze, Herr Umutlu und Frau Wiar in ihr Amt eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

3. Bestellung eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Integrationsrat 0200/2014

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Integrationsrat bestellt Herrn Fedder zum Schriftführer und Frau Siebenmorgen zur stellvertretenden Schriftführerin.

4. **Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrates**
0201/2014

Herr Farber schlägt Herrn Iyilik vor und begründet seinen Vorschlag mit der geleisteten Arbeit.

Frau Dönmez schlägt Herrn Bartoszewicz vor.

Herr Bartoszewicz und Herr Iyilik stellen sich vor.

Es sind alle 19 stimmberechtigten Mitglieder anwesend.

Herr Schütz und Frau Dönmez werden als Stimmzähler vorgeschlagen. Beide nehmen die Wahl an.

In geheimer Wahl werden 19 Stimmen abgegeben. Auf Herrn Iyilik entfallen elf Stimmen und auf Herrn Bartoszewicz sieben Stimmen. Eine Stimme ist ungültig.

Gewählt ist Herr Iyilik. Er nimmt die Wahl an und übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Schacht verlässt die Sitzung. Es sind noch 18 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Für die Wahl zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden schlägt Frau Heidberg-Schwettmann Herrn Bartoszewicz vor. Weitere Vorschläge werden nicht eingereicht.

In geheimer Wahl werden 18 Stimmen abgegeben. Für Herrn Bartoszewicz stimmen 17 Mitglieder, ein Mitglied stimmt mit Nein.

Herr Bartoszewicz nimmt die Wahl an.

Für die Wahl zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden schlagen Herr Ljura Herr Farber, Herr Panzer Herr Samirae und Frau Heidberg-Schwettmann Frau Münzer vor.

Herr Hartmann schlägt Frau Dönmez vor; Frau Dönmez lehnt eine Kandidatur ab.

In geheimer Wahl werden 18 Stimmen abgegeben. Davon entfallen elf Stimmen auf Herrn Farber, zwei Stimmen auf Herrn Samirae und fünf Stimmen auf Frau Münzer.

Gewählt ist Herr Farber, der die Wahl annimmt.

Für die Wahl zum 3. stellvertretenden Vorsitzenden schlagen Frau Heidberg-Schwettmann Frau Münzer, Frau Celik Herr Basyigit und Herr Samirae Herr Panzer vor.

In geheimer Wahl werden 18 Stimmen abgegeben. Davon entfallen acht Stimmen auf Frau Münzer, sieben Stimmen auf Herrn Basyigit und drei Stimmen auf Herrn Panzer. Da keine der vorgeschlagenen Personen mehr als die Hälfte der Stimmen erreicht hat, findet zwischen den beiden Personen mit den beiden höchsten Personeneine engere Wahl statt.

In geheimer Wahl werden 18 Stimmen abgegeben. Davon entfallen zehn Stimmen auf Frau Münzer und acht Stimmen auf Herrn Basyigit.

Gewählt ist Frau Münzer, die die Wahl annimmt.

Insgesamt fasste der Integrationsrat in getrennten geheimen Abstimmungen folgende

Beschlüsse:

Der Integrationsrat wählt

- 1. Herrn Iyilik zum Vorsitzenden**
- 2. Herrn Bartoszewicz zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden**
- 3. Herrn Farber zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden**
- 4. Frau Münzer zur 3. stellvertretenden Vorsitzenden**

- 5. Genehmigung der Niederschriften aus den Sitzungen am 14.11.2013 und am 23.01.2014- öffentlicher Teil -**

Die Niederschriften aus den Sitzungen am 14.11.2013 und am 23.01.2014 – öffentlicher Teil – werden genehmigt.

- 6. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 23.01.2013
(Beschlüsse wurden wie gefasst erledigt.)**

Es werden keine Fragen gestellt.

- 7. Mitteilungen der/des Vorsitzenden**

Herr Iyilik trägt keine Mitteilungen vor.

- 8. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

- 9. Rückblick auf die Wahl des Integrationsrates am 25.05.2014
*0206/2014***

Herr Farber nennt die Zahl von 13.080 Wahlberechtigten „Kaffeesatzleserei“ und weist darauf hin, dass in diesem Jahr erstmalig eingebürgerte Deutschen mit Migrationshintergrund das aktive Wahlrecht zur Wahl des Integrationsrates hatten. Sie seien gegenüber den Bürgern mit ausländischem Pass oder mit doppelter Staatsangehörigkeit gravierend bei der Wahl zum Integrationsrat benachteiligt worden und hätten drei Hürden überwinden müssen:

1. Sie wären nicht wie Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit von der Stadt über die Wahl informiert worden, sondern hätten eher zufällig von ihrem Wahlrecht gehört. Leider sei durch den Wahlleiter und die Geschäftsführerin des Integrationsrates die Fehlinformation erfolgt, diese Menschen würden benachrichtigt.
2. Sie hätten nicht einfach am Wahlsonntag zur Wahl gehen können, sondern hätten beim Wahlbüro einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen müssen. Diesem Antrag hätten sie eine Kopie ihrer Einbürgerungsurkunde beifügen oder zumindest Datum und Ort ihrer Einbürgerung angeben müssen. Der Antrag musste an einer der angegebenen Adressen zu vorgegebenen Bürozeiten abgegeben werden.

3. Der ausgefüllte Antrag musste bis zum 13. Mai – zwölf Tage vor der Wahl – eingereicht werden. Sei dies erfolgt, hätten die Antragsteller davon ausgehen können, in das Wählerverzeichnis eingetragen zu werden und eine Wahlbenachrichtigung zu bekommen. Auch dies stimmte nicht. Wer z. B. einige Tage oder eine Woche vorher die Unterlagen abgab, bekam die Auskunft, sein Antrag könnte leider wegen zu später Einreichung und wegen der Probleme mit dem Kreis nicht mehr berücksichtigt werden.

Herr Farber beantragt, durch eine Petition über den Bürgermeister oder den Stadtrat an den Landtag zu erreichen versuchen, dass sich diese Probleme bei der nächsten Wahl nicht wiederholen. Es sollten bessere Voraussetzungen geschaffen werden. Es seien für die Internationale Liste mindestens 300 Bewerber nicht zum Zuge gekommen, die sonst ihre Stimme abgegeben hätten. Herr Farber verweist auf ein Gespräch mit dem Bürgermeister, der dem sehr positiv gegenüberstehe.

Herr Samirae kritisiert, erst aus den beiden größeren Zeitungen zu erfahren, dass bei den Wahlen in Bergisch Gladbach grobe Fehler gemacht worden seien. Wenn tatsächlich mehrere hundert Anträge auf Eintragung ins Wählerverzeichnis nicht geprüft wurden, wäre möglicherweise ein anderes Wahlergebnis zustande gekommen. Deswegen fühle er sich nicht wohl dabei, erst bei der nächsten Integrationsratswahl wieder darüber zu sprechen. **Er beantragt, dass die Fehler dem Integrationsrat völlig transparent gemacht würden. Dies schließe das Wählerverzeichnis ein. Anhand dessen könne zum einen geprüft werden, wer überhaupt informiert wurde und wer am Ende im Wählerverzeichnis gewesen sei. Herr Samirae möchte wissen,**

- **wie die Verhältniszahlen waren,**
- **wie viele Anträge es gab,**
- **wie viele neue Wähler es gab,**
- **wie viele unbearbeitete Anträge es gab und**
- **wie viele davon hätten wählen können.**

Für die drei Einzelbewerber auf seiner Seite sei das Wahlergebnis sehr gut. Es gehe aber auch darum, dass die Wahlen demokratisch und sauber ablaufen.

/Anmerkung des Schriftführers: Zur nächsten Sitzung des Integrationsrates am 11.09.2014 wird Herr Widdenhöfer, Leiter des Fachbereiches Recht, Sicherheit, Ordnung eingeladen.)

Frau Siebenmorgen verweist auf die Sitzung des Wahlausschusses, an der keiner der Kandidaten anwesend gewesen sei. In dieser Sitzung bestand Gelegenheit, Bedenken anzumelden. Am 08.07.2014 tagt der Wahlprüfungsausschuss.

Herr Samirae ist der Auffassung, dass bei zwei oder mehr hundert nicht bearbeiteten Anträgen nicht ein Antragsteller darüber informiert worden sei oder dies mitbekommen habe. Er frage sich, welcher Wahlberechtigte ins Wahlbüro gegangen sei und Einsicht ins Wählerverzeichnis genommen habe. Bei der Anzahl unbeantworteter Anträge handele es sich um einen erheblichen Fehler. Bei der relativ geringen Wahlbeteiligung seien 200, 500 oder 800 unbearbeitete Anträge – die genaue Zahl sei ja nicht bekannt – erheblich. Daraus resultiere die Forderung nach Aufklärung der Fehler. Dies sei nur möglich, wenn genau mitgeteilt würde, was falsch gelaufen sei.

Herr Panzer wünscht sich für die Zukunft Erleichterungen bei den Hürden, die vor der Wahl zu nehmen sind. Allein durch diese Hürden würden viele Interessierte abgeschreckt.

Herr Bartoszewicz spricht sich dafür aus, in die Zukunft zu schauen. Mit dem Verlauf der Wahl sollte sich der Integrationsrat nicht all zu sehr blockieren. Viele angesprochene Mängel seien nur vom Hörensagen bekannt. Die von Herrn Samirae angesprochene Transparenz sollte erfolgen.

Frau Münzer verweist auf Gespräche mit Herrn Bodengesser, nach dessen Auskunft die Probleme vielfach in der Einbürgerung in anderen Städten als in Bergisch Gladbach erfolgte. Herr Bodengesser fühlte sich nicht zu Nachforschungen in einer Vielzahl anderer Städte in Nordrhein-Westfalen

verpflichtet. Es liege nach ihrem Wissensstand in der Pflicht des Einzelnen, sich um ihre Einbürgerungsunterlagen selbst zu kümmern.

Frau Münzer hält es ebenfalls für wichtig, das Thema aufzuarbeiten. Bergisch Gladbach könne aber keine gesetzliche Änderung herbeiführen. Diejenigen stünden in der Pflicht, die sich für die Mitarbeit im Landesintegrationsrat gemeldet haben.

Herr Basyigit erklärt, u. a. Frau Celik, Herr Karakus und er hätten selbst Anträge gesammelt und Herrn Bodengesser gegeben. Teilweise waren den Anträgen Kopien der Einbürgerungsurkunden beigelegt. Diese Antragsteller, bei denen es sich um Freunde von ihm handelte, seien nicht zur Wahl gekommen. Die Darstellung Herrn Bodengessers finde er nicht korrekt.

Frau Münzers Ansicht teilt er nicht. Der Integrationsrat müsse den Bürgermeister in die Pflicht nehmen. Auch dem Bürgermeister stehe die Möglichkeit offen, seine Ansicht in Gremien zu äußern. Er sieht es als Pflicht des Bürgermeisters, auch für diejenigen einzutreten, die nicht wählen konnten. Insofern sei es ein Anliegen der Stadt, selber tätig zu werden. Gleichzeitig werde der Integrationsrat selbst tätig.

Herr Tollih ist erfreut über die erreichte Steigerung der Wahlbeteiligung. Die Zahl der Wähler habe sich versechsfacht. Dabei habe sich die Entscheidung als richtig erwiesen, nicht mehr nur mit einer Liste anzutreten. Es habe sich herausgestellt, dass der Integrationsrat bei den Migranten immer noch unbekannt sei. Daran müsse der Integrationsrat anknüpfen.

Herr Tollih schließt sich dem Vorschlag an zu versuchen, die Fehler zu erkennen. Ansonsten solle der Integrationsrat den Blick nach vorne richten und aus der Wahl lernen. Der Landesintegrationsrat könne in einer Presseerklärung das Thema aufgreifen.

Herr Farber wiederholt seine Kritik und verweist als Beispiel auf Frau Wöber-Servaes, die schließlich selbst tätig geworden sei. Auf eine Anfechtung der Wahl habe man trotz hervorragender Chancen aus pragmatischen Gründen verzichtet. Er geht davon aus, dass die Zahl auswärtiger Einbürgerungen gering ist. Das Thema sollte nochmals z. B. als eigener Tagesordnungspunkt aufgegriffen werden.

Herr Samirae beantragt eine Abstimmung darüber, ob zur nächsten Sitzung eine Wahlprüfung durch die Verwaltung erfolgen soll. Dann soll festgestellt werden, welche Fehler gemacht wurden.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlüsse:

1. (einstimmig bei vier Enthaltungen)

Der Antrag Herrn Farbers, durch Stadtrat bzw. Bürgermeister eine Petition an den Landtag zu verfassen, wird angenommen.

2. (mehrheitlich gegen eine Stimme bei vier Enthaltungen)

Der Antrag Herrn Samirae, die Wahl prüfen zu lassen und dem Integrationsrat in seiner nächsten Sitzung das Ergebnis der Wahlprüfung vorzulegen und im Detail alle Fehler aufzulisten, die bei der Wahl zum Integrationsrat gemacht wurden, wird angenommen.

Herr Bartoszewicz möchte wissen, ob ein bereits vereinbarter Termin am 27.06.2014 um 13.30 Uhr bei Herrn Bürgermeister Urbach abgesagt werden könne. Herr Iyilik erklärt, Herr Urbach, Herr Farber, Herrn Basyigit und er selbst hätten bereits ein Gespräch über dieses Thema geführt. Herr Urbach habe den vorgebrachten Einwand verstanden bzw. hätte ihnen in einzelnen Punkten Recht gegeben. Auch zur Petition an den Landtag war er nicht negativ eingestellt. Auf Anfrage Herrn Barto-

szewicz‘ ist Herr Iyilik bereit, dieses Gespräch mit dem neugewählten Vorstand zu wiederholen. Da Herr Iyilik den Termin am 27.06.2014 nicht wahrnehmen kann, wird ein neuer Gesprächstermin vereinbart.

Zu Äußerungen Herrn Samirae, das Budget des Integrationsrates ebenfalls während eines Gesprächs mit dem Bürgermeister zeitnah zu behandeln, und einer Entgegnung Frau Münzers verweist der Vorsitzende auf TOP Ö 14.

10. Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohnerinnen und sachkundige Einwohner in Ausschüsse
0207/2014

In getrennten Abstimmungen fasst der Integrationsrat folgende

Beschlussvorschläge:

Folgende Mitglieder des Integrationsrates werden bestellt:

(einstimmig)

- **Herr Bartoszewicz und als sein Vertreter Herr Basyigit in den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann**

(einstimmig)

- **Herr Samirae und als sein Vertreter Herr Panzer in den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss**

(mehrheitlich mit zehn Stimmen für Herrn Tollih und acht Stimmen für Frau Celik)

- **Herr Tollih und als seine Vertreterin Frau Celik in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**

(mehrheitlich mit neun Stimmen für Frau Celik, fünf Stimmen für Frau Dönmez, drei Stimmen für Herrn Panzer und einer Enthaltung)

- **Frau Celik und als ihre Vertreterin Frau Dönmez in den Jugendhilfeausschuss**

Für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr wurden Herr Hartmann und Herr Kunze vorgeschlagen. Auf Herrn Hartmann entfielen fünf Stimmen, auf Herrn Kunze sieben Stimmen, sechs Mitglieder des Integrationsrats enthielten sich.

Frau Siebenmorgen verweist darauf, dass Herr Kunze persönlicher Stellvertreter seiner Frau, Frau Canales Suazo, sei und nach ihrer Einschätzung nicht als erstes Mitglied in einen Ausschuss entsandt werden könne.

Daraufhin wird Frau Canales Suazo für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vorgeschlagen.

Im Integrationsrat besteht darüber Einvernehmen, über einen Besetzungsvorschlag für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr in der nächsten Sitzung des Integrationsrates abzustimmen.

11. Bestellung von beratenden Mitgliedern in den Beiräten
0208/2014

In getrennten Abstimmungen fasst der Integrationsrat folgende

Beschlüsse: (jeweils einstimmig)

Der Integrationsrat entsendet

- 1. Herrn Farber als beratendes Mitglied und Herrn Dresbach als seinen Vertreter in den Seniorenbeirat**
- 2. Herrn Panzer als beratendes Mitglied und Herrn Schütz als seinen Vertreter in den Inklusionsbeirat.**

12. Wahl der Mitglieder in Gremien der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA)/Landesintegrationsrat
0209/2014

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei zwei Enthaltungen)

- 1) Zum Vertreter des Integrationsrates Bergisch Gladbach im Hauptausschuss der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA)/Landesintegrationsrat wird Herr Iyilik gewählt. Als seine Stellvertretung wird Herr Bartoszewicz gewählt.**
- 2) Als Delegierte des Integrationsrates Bergisch Gladbach in die Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA)/Landesintegrationsrat werden
als 1. Vertreterin Frau Celik und als ihr Stellvertreter Herr Tollih gewählt,
als 2. Vertreter Herr Basyigit und als sein Stellvertreter Herr Ljura gewählt.**

Die Sitzung wird um 19.02 Uhr für fünf Minuten unterbrochen.

13. Planung der zukünftigen Arbeit des Integrationsrates
0210/2014

Herr Bartoszewicz beantragt, kurzfristig nach den Sommerferien zu diesem Thema eine Klausurtagung durchzuführen.

Herr Samirae ergänzt diesen Antrag darum, den Punkt „Integration“ aus dem Kommunalwahlprogramm der Bürgerpartei GL in die Klausurtagung aufzunehmen. Dazu erklärt Frau Siebenmorgen, dass bei Erstellung der Vorlage nur die beiden Wahlprogramme der Internationalen Liste und der Demokratischen Liste vorlagen, aber weder ein Wahlprogramm der Bürgerpartei GL noch Herrn Samirae als Einzelbewerber.

Der Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Iyilik, stellt fest, dass im Integrationsrat über die Durchführung einer Klausurtagung zur zukünftigen Arbeit des Integrationsrates Einvernehmen besteht.

Frau Siebenmorgen wird sich um einen Raum kümmern (derselbe Raum in Paffrath wie bei der letzten Klausurtagung). Gewünscht wird die Moderation durch Herrn Buhleier. Die Klausurtagung wird samstags von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr durchgeführt.

Herrn Tollih ist es wichtig, auch die Wahlinhalte der Einzelbewerber zu berücksichtigen.

14. Finanzplanung 2014
Verwendung finanzieller Mittel aus dem Budget des Integrationsrates
hier: 7 Anträge
0211/2014

Herr Basyigit beantragt, alle Anträge vorzustellen, zu diskutieren und danach abzustimmen. Er fragt nach der Höhe des Zuschusses für das Sommerferienprogramm durch die Stadt und ob die Stadt die beantragten 600 € nicht übernehmen könne.

Frau Münzer verweist darauf, dass es sich auch bei den Mitteln des Integrationsrates um städtische Mittel handelt.

Das Sommerferienprogramm wird mit Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) finanziert. Am Ende des dreiwöchigen Programms wird den Kindern etwas Besonderes geboten; darauf zielt ihr Antrag über 600 € für ca. 60 Kinder.

Herr Samirae ist unter Bezugnahme auf die Novellen der Gemeindeordnung NRW der Auffassung, der Integrationsrat werde inzwischen rechtlich als regulärer Ausschuss der Stadt angesehen. Daher müssten z. B. die Sitzungsgelder des Integrationsrates aus dem Budget des Fachbereiches 1 gezahlt werden. In der jetzigen Sitzungsplanung sieht er einen Eingriff in die Mitwirkungsrechte des Integrationsrates, weil der Integrationsrat nur eine bestimmte Anzahl von Sitzungen durchführen könne. Bei mehr Sitzungen bliebe kein Geld für die eigentlichen Projekte übrig. Bis zu einer Klärung dieser Frage sollten die nicht dringlichen Anträge zur Verwendung finanzieller Mittel zurückgestellt werden.

Die Gemeindeordnung schreibe vor, dem Integrationsrat die zur Erledigung seiner Aufgabe erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Mittel dürfen nicht so unverhältnismäßig gering sein, dass bereits bei den ersten Anträgen das Budget überschritten wird. In den umliegenden Städten vergleichbarer Größe, vergleichbarer Einwohnerstruktur und geringerer Kaufkraft ist das Budget drei- bis fünfmal so hoch.

Herr Farber erinnert daran, dass der Integrationsrat in der ersten Jahreshälfte keine Beschlüsse gefasst hat. Dem neu gewählten Integrationsrat sollte nicht vorgegriffen werden. Mit Ausnahme eines Antrages handelt es sich um Projekte des Integrationsrates. Er beantragt, über alle Anträge gemeinsam abzustimmen und jeden einzelnen Antrag um 10 % zu kürzen.

Verschiedene Mitglieder des Integrationsrates (Frau Celik, Herr Tollih, Frau Münzer, Herr Bartoszewicz,) sprechen sich für den Antrag zu Willkommensgeschenken aus. Frau Celik hält 400 € für Willkommensgeschenke für Flüchtlingskinder für eher wenig. Dieser Antrag und die Fahrt ins Odysseum für MiKibU-Kinder sollten Priorität haben. Dort sollte nicht gekürzt werden.

Herr Tollih bietet Frau Münzer seine Unterstützung in der Frage an, ob es sinnvoll ist, auch mit Migrantenvereinen in Hinsicht auf Dialog und Sprachverständigung zusammenzuarbeiten. Wertvolle Willkommensgeschenke sind für ihn Wörterbücher in der jeweiligen Landessprache und Deutsch. Herr Bartoszewicz schlägt ein Gespräch in kleiner Runde über die weitere Vorgehensweise vor.

Frau Münzer erklärt, bei den jetzigen Flüchtlingszahlen reichen die beantragten 400 € wohl nicht aus. Es sei ihr auch nicht möglich, die Willkommensgeschenke wie ursprünglich beabsichtigt den zahlreichen Familien persönlich vorbeizubringen. Jemand mit umfangreichen Sprachkenntnissen

hätte sie begleitet. Aufgrund der dargestellten Entwicklung hält sie eine inhaltliche Diskussion darüber nötig, wie ihr Antrag zu bewältigen sei.

Herrn Tollih fehlen Zahlen z. B. zur Zahl der zu beschenkenden Kinder. Die Einrichtung eines Arbeitskreises sei eine Möglichkeit, zu einer Lösung zu kommen. An die Fraktionen richtet er die Bitte, einen Runden Tisch zur Unterbringung von Flüchtlingskindern zu schaffen. An diesem Runden Tisch sollten auch die Sozialverbände beteiligt werden.

Frau Hänsch bietet die Beratung der Caritas für die Arbeit eines Arbeitskreises an.

Unabhängig von den gestellten Anträgen weist Frau Hänsch auf die Vorführung des Films „Die Piroge“ am 29.10.2014 im Cineplex-Kino Bensberg hin. In dem Film gehe es um die Überfahrt über das Mittelmeer. Die Mitglieder des Integrationsrates bekommen eine Einladung. Sie erhofft sich eine Mitarbeit bei dem Thema Lobbyarbeit.

Sie beantragt, die Anträge einzeln abzustimmen und kritisiert die Vorgehensweise Herrn Crommes. In einem Zeitungsartikel wird berichtet, dass die Fahrt ins Odysseum schon stattfand und sich Herr Cromme für die Unterstützung des Integrationsrates bedankt, obwohl über den entsprechenden Antrag noch nicht abgestimmt wurde. Durch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel (KVB-Linie 1) wäre die Fahrt billiger geworden.

Herr Cromme verteidigt seine Vorgehensweise bei der Fahrt zum Odysseum und verweist auf die auf die Tische verteilte *Anlage 2*. Es sei in Absprache mit den Schulen nicht möglich gewesen, die Fahrt im Juli durchzuführen. Daher habe er im Vertrauen auf die Zustimmung des Integrationsrates die Fahrten am 03. und 04.06. durchgeführt und das Geld privat vorgestreckt. Es sei ihm nicht zuzumuten, die Kosten aus seinen Privatmitteln zu bezahlen.

Herr Farber sieht die Hilfe für Grundschüler als das nachhaltigste und positivste Projekt des Integrationsrates. Von kleineren Hilfen aus dem Budget des Integrationsrates abgesehen sei das Projekt ohne städtische Mittel ausgekommen.

Er stimmt Frau Münzer dahingehend zu, dass er bei der Finanzierung der Fahrt zum Odysseum nicht so vorgegangen wäre wie Herr Cromme. Gegenüber der ursprünglichen Planung wurden 100 € weniger ausgegeben. Er schlägt eine Kürzung um 300 – 500 € vor. Die Ausgaben für das Buch „Gelungene Integration“ könne ebenfalls um 300 € gekürzt werden, da er auf eine Förderung in Höhe von 1.000 € durch die Badische Beamtenbank hoffen könne. Die Willkommensgeschenke stehen nach seiner Auffassung in keinem unmittelbaren Zusammenhang zur Integration. Gleichwohl finde er die Idee gut.

Herr Samirae meint, die Anträge können vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgermeisters ungekürzt beschlossen werden (→ Bezahlung der Sitzungsgelder durch Fachbereich 1). Er spricht sich dagegen aus, jeden Antrag einzeln zu behandeln. Eine andere Möglichkeit besteht in einer pauschalen Kürzung um 10 %.

Auf Anfrage Herr Tollis führt Frau Siebenmorgen aus, dass das Projekt „MiKibU“ als Beispiel zur Anfrage zu TOP Ö 18.1 genannt wird. Gegenstand dieser Anfrage sei aber nicht, welche Projekte finanziert wurden. MiKibU wird nicht aus dem Integrationskonzept finanziert, sondern wurde zwei Mal aus Mitteln des Integrationsrates und aus einer Spende von „Wir helfen“ des DuMont-Verlages mit 13.000 € finanziert.

Herr Iyilik verweist auf erfolgreich durchgeführte Konzerte und geht auch auf die Problematik der Flüchtlingskinder ein. Er zieht seinen Antrag zur Förderung des Honorars über 750 € anlässlich eines türkischen Konzertes zurück. Im nächsten Jahr werde er diesen Antrag wieder stellen. Unter Beifall des Integrationsrates erklärt er, dass das eingesparte Geld solle so aufgeteilt werden, dass die Willkommensgeschenke für Flüchtlingskinder erhöht werden.

Herr Tollih unterstützt den Antrag Frau Münzers, die Anträge einzeln zu bewerten und abzustimmen und bezweifelt, dass viele Migranten von einem Konzertabend profitieren. Außerdem spricht er sich gegen die Erstellung eines Buches „Gelungene Integration“ aus. Ein solches Buch wurde be-

reits vor sechs Jahren aufgelegt. Er finde es sinnvoller, wenn sich Vorbilder im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung dem Publikum vorstellen. Ziel sei, durch die Verwendung des Budgets innerhalb der nächsten fünf Jahre zu einer stärkeren Wahrnehmung des Integrationsrates durch die Migranten zu kommen.

Herr Farber sieht als Ziel des Integrationsrates den Abbau von Vorurteilen, auch von Vorurteilen Deutscher gegenüber Ausländern. Dazu diene auch sein Buch. Die meisten Migranten seien inzwischen integriert.

Herr Kunze findet jedes einzelne Projekt unterstützenswert. Die Mittel des Integrationsrates seien aber leider begrenzt. Einzelne Projekte würden viel größer als ursprünglich geplant, wie sich an den Willkommensgeschenken zeige. Es müsse auch darüber nachgedacht werden, was der Integration diene. MiKibU unterstützte in besonderem Maße den Willen zur Integration.

Auf Antrag Herrn Samirae fasst der Integrationsrat folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Rednerliste wird geschlossen.

Frau Münzer bittet um konkrete Zahlen für die einzelnen Anträge.

Herr Samirae beantragt, die Anträge durchnummeriert zusammen mit den Beträgen auf eine Tafel zu schreiben und über die Anträge einzeln oder im Paket abzustimmen.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen zwei Stimmen)

Der Antrag Herrn Samirae wird angenommen.

Die Anträge und die dazugehörigen Beträge werden sodann auf eine Tafel geschrieben. Die Beträge werden zusammengerechnet; die Summe beträgt 4.231 €.

Auf Antrag Herrn Tollis fasst der Integrationsrat folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Entsprechend der vorgelegten Abrechnung werden für die Fahrt ins Odysseum für MiKibU-Kinder 1.581 € zur Verfügung gestellt.

Auf Antrag Herrn Samirae fasst der Integrationsrat folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Über die Anträge zur Verwendung finanzieller Mittel aus dem Budget des Integrationsrates wird einzeln abgestimmt.

Sodann fasst der Integrationsrat in getrennten Abstimmungen folgende

Beschlüsse: Der Integrationsrat unterstützt folgende Anträge mit finanziellen Mitteln aus seinem zur Verfügung stehenden Budget:

(einstimmig)

1. Zuschuss zur Durchführung des Sommerferienprogramms
im Wohnpark Bensberg 600
€

(einstimmig)

2. Willkommensgeschenke für Flüchtlingskinder aus Kriegs- und
Krisengebieten 400 €

(mehrheitlich gegen vier Stimmen bei drei Enthaltungen)

3. Honorar für Musikgruppe „Ta Alania-Rembeteki Kompania“
anlässlich eines griechischen Abends 650 €

(mehrheitlich gegen zwei Stimmen)

4. nachträglicher Zuschuss zur Unterstützung des Apfelblütenfestes 200 €

(mehrheitlich gegen fünf Stimmen bei zwei Enthaltungen)

5. Erstellung eines Buches „Gelungene Integration“ 800 €

15. Sitzungstermine des Integrationsrates im Jahr 2014
0212/2014

Herr Iyilik weist darauf hin, dass Frau Siebenmorgen und er urlaubsbedingt nicht an der Sitzung am 11.09.2014 teilnehmen können. Nach kurzer Diskussion wird im Integrationsrat Einvernehmen darüber erzielt, dass es bei den geplanten Sitzungen am 11.09.2014 (unter Leitung des 1. stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Bartoszewicz) und am 20.11.2014 bleibt.

16. Bericht aus den Ausschüssen und Arbeitskreisen

Es werden keine Berichte vorgetragen

17. Anträge

Über die Tagesordnungspunkte Ö 17.1 und Ö 17.2 hinaus werden keine Anträge gestellt.

17.1. Antrag des Integrationsratsmitglieds Frank Samirae - Diversity Management für die Stadt Bergisch Gladbach und Beitritt zur "Charta der Vielfalt" -
0246/2014

Herr Samirae erläutert seinen Antrag.

Herr Kunze fragt nach dem Nutzen von „Diversity Management“ und befürchtet lediglich eine Steigerung der Bürokratie. In den Vereinigten Staaten gebe es wesentlich mehr Rassismus als in Deutschland. Daran habe „Diversity Management“ nichts geändert.

Frau Hänsch erläutert den Ansatz des Vielfaltsgedankens. Sie befürchtet, dass einzelne Themen dabei untergehen.

Frau Münzer verweist auf Seite 78. Ein ähnlicher Antrag sei im Rat bereits mit einer sehr umfangreichen Begründung mehrheitlich abgelehnt worden. Zur Begründung wurde u. a. auf die bereits sehr gut durchmischte Stellenbesetzung in der Verwaltung hingewiesen. Die von Herrn Samirae aufgeführten Probleme gebe es nicht, insofern sei die Produktivität auch nicht steigerungsfähig.

Herr Samirae erinnert daran, dass es sich um einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. handelte, deren Anträge fast alle abgelehnt wurden. Die Stadt Köln habe 2010 „Diversity Management“ mehrheitlich beschlossen. 200 andere Städte verfahren genauso, und zwar mit positivem Ergebnis. Er bezweifle, dass es in Bergisch Gladbach keine Probleme gebe. Die Verwaltung werde durchweg von Männern geführt.

Herr Basyigit verweist darauf, dass es auch in deutschen Betrieben Rassismus gebe. Viele Firmen hätten „Diversity Management“ bereits eingeführt. Er sehe keinen Grund, warum Bergisch Gladbach nicht davon profitieren soll.

Herr Samirae ist der Auffassung, mit „Diversity Management“ würde die Stadt Bergisch Gladbach auch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht. Ein Ursprung des „Diversity Management“ liege in der Qualitätsorientierung. Dies bedeute, dass bei Personaleinstellungen alle Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden müssen.

Herr Heuser weist darauf hin, dass viele der der Charta beigetretenen Firmen internationale Firmen sind, die innerhalb der Firmen ohnehin über eine firmeninterne Personalrotation verfügen. Damit erfüllen sie die Verträge schon von sich aus.

Frau Heidberg-Schwettmann findet es wichtig, dass die Stadt Personal mit der entsprechenden Qualifikation für die ausgeschriebene Stelle einstellt. Ein guter Personalchef achtet von sich aus auf die richtige Qualifikation und nicht an erster Stelle auf die sexuelle Orientierung des Bewerbers oder der Bewerberin. Daher spricht sie sich gegen den Antrag aus.

Auf Antrag Herrn Farbers beschließt der Integrationsrat einstimmig den Schluss der Debatte.

Sodann fasst der Integrationsrat folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen fünf Stimmen bei einer Enthaltung)

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach folgendes:

- 1. Die Stadt Bergisch Gladbach soll der „Charta der Vielfalt“ beitreten. Des Weiteren soll die Stadt alle Beteiligungsgesellschaften bitten, ebenfalls der Charta beizutreten. Der Bürgermeister wird gebeten, den Antrag zum Beitritt vorzubereiten und zu stellen.**
- 2. Die Verwaltung soll beauftragt werden, Konzepte im Sinne eines Diversity Managements für die Stadtverwaltung Bergisch Gladbach weiterzuentwickeln und noch in diesem Jahr zur Beschlussfassung vorzulegen. Ebenso sollen die Beteiligungsgesellschaften und städtischen Eigenbetriebe gebeten werden, eine solche Konzeption zu entwickeln und umzusetzen.**

17.2. Antrag vom 11.06.2014 zu Arbeitskreisen des Integrationsrates
0249/2014

Herr Samirae erläutert seinen Antrag.

Herr Iyilik erinnert an Ausführungen der heutigen Integrationsratssitzung, wonach diese Thematik während der Klausurtagung besprochen wird. Sodann benennt Herr Iyilik die vorhandenen und abgeschlossenen Arbeitskreise (MiKibU, Dialog der Religionen und Kulturen, interkulturelle Eisenbahn, mehrsprachige Bildung, gelungene Integration, Politik/Der Integrationsrat besucht politische Parteien, Kontakte mit Migrantenvereinen, Kochen, Afrika-Festival). Anregungen für neue Arbeitskreise würden gerne entgegengenommen.

Auf Anfrage Herrn Samiraes erklärt Frau Siebenmorgen, die Geschäftsordnung besage, dass der Integrationsrat Arbeitskreise bilden *kann*. Die bestehenden Arbeitskreise seien keine formalen Arbeitskreise, sondern projektbezogen. Sie beruhen auf Ergebnissen der Klausurtagungen. Herr Samirae beantragt, der Integrationsrat möge Arbeitskreise einrichten. Bei der Fahrt zu formal eingerichteten Arbeitskreisen seien die Mitglieder der Arbeitskreise unfallversichert. Es gebe auch weitere rechtliche Gründe für eine formale Einrichtung von Arbeitskreisen.

Herr Basyigit schlägt vor, dieses Thema einschließlich ihrer Aufteilung während der Klausurtagung zu behandeln. Während der vergangenen Klausurtagungen wurden Resümees der Arbeit der Arbeitsgruppen gezogen.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)

Es wird dem Vorschlag Herrn Basyigits entsprechend verfahren.

Herr Tollih bittet um eine Übersicht über die Arbeitskreise vor der Klausurtagung. Diese Übersicht sollte eine kurze Zusammenfassung der erzielten Ergebnisse enthalten.

18. Anfragen

Herr Farber

Ich habe folgende Anfrage an die Verwaltung: Sie möchte doch bitte mal feststellen, welche Fördermittel Kommunen in Nordrhein-Westfalen in ähnlicher Größe wie Bergisch Gladbach bekommen. Haben diese Kommunen eigene Anlaufstellen oder ein eigenes Büro? Es muss nicht jede Gemeinde durchforstet werden. Aber ich hätte schon gerne von einigen Kommunen ähnlicher Größenordnung wie Bergisch Gladbach gewusst, wie es bei denen mit den Mitteln aussieht, die die Stadt oder der Rat zur Verfügung stellt.

Herr Basyigit

Ich habe eine Anfrage zu den Flüchtlingszahlen: Wir hören, dass die Zahlen gestiegen sind. Um wie viel sind die Flüchtlingszahlen gestiegen? Wie viele Leute sind jetzt in Bergisch Gladbach? Es besteht auch da das Problem des Wohnraum Mangels. Ich bitte um Informationen in dieser Hinsicht. *(Die Antwort auf diese Anfrage ist als Anlage 3 beigefügt.)*

Herr Samirae

Zu dieser Problematik fällt mir gerade folgende Anfrage ein: Uns ist berichtet worden, dass im Moment sehr viele Flüchtlinge – 28 im Monat – in Bergisch Gladbach – ankommen und Herr Martmann vom Fachbereich Immobilien plant, ein Industriebrache-Gebäude zu kaufen, um dort Flüchtlinge anzusiedeln. Ich bitte die Stadtverwaltung in dieser Sache um Aufklärung, was da geplant ist, was da gemacht wird, um welches Industriegebäude es sich handelt – wenn da überhaupt etwas dran ist. Bergisch Gladbach ist heillos überfordert mit der Anzahl der Flüchtlinge. Es gibt keine Gebäude. Flüchtlinge werden schon teilweise in Hotels untergebracht, weil die Situation so ist. *(Die Antwort auf diese Anfrage ist als Anlage 4 beigelegt.)*

Frau Hänsch

Zur Wohnsituation kann ich nicht mehr sagen als die Stadt selber. Das weiß sie am besten, wie viele Wohnräumlichkeiten fehlen. Ich kann bestätigen: Es leben jetzt Leute in einem Hotel. Das ist eigentlich ganz gut zu verstehen, weil in den Jahren zuvor die Flüchtlingszahlen nicht so hoch waren. Ich habe im Moment nur ungefähr die Proportionen vom Rheinisch-Bergischen Kreis insgesamt im Kopf. Diese Zahlen haben sich fast verdoppelt. Ich weiß nicht, wie weit Sie über die Situation eines Flüchtlingslebens informiert sind. Etwa 1/3 bis 40 % sind geduldete Menschen. D. h., sie können im Moment aus irgendeinem Grunde nicht abgeschoben werden. Sie leben viele Jahre hier – sehr lange in unklaren Lebenssituationen. Es gibt eine sehr hohe Fluktuation bei Flüchtlingen, die aus bestimmten Ländern kommen, z. B. aus Serbien, dem Kosovo, Albanien. Diese verschiedenen Situationen muss man unterschiedlich anschauen. Damit sind unterschiedlich lange Verweildauern verbunden. Die Zahlen sind von 2011 von etwas über 400 Menschen auf über 800, fast 900 Menschen, im Rheinisch-Bergischen Kreis gestiegen. Die Proportionen können heruntergebrochen werden, weil die Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel in der ganzen Bundesrepublik verteilt werden. Von daher ist die Situation relativ ähnlich.

Wir hatten in vielen Jahren eine viel größere Anzahl Flüchtlinge unterzubringen, z. B. in den 90er Jahren während des Jugoslawienkrieges. Viele Einrichtungen, die damals errichtet wurden, sind heute unschön bis marode. Einige wurden aufgegeben. Jetzt hat man mit einer neuen Bewegung zu tun aus verschiedenen politischen Gründen, die die Zahlen wieder anschwellen lässt. Wir können mit vielen Einrichtungen darauf nicht so schnell reagieren – auch die Stadt nicht.

Herr Ljura

Ich habe eine Anfrage an die Stadtverwaltung: Es geht um Kindesbetreuung während des Integrationskurses. Der Integrationskurs ist verpflichtend für Migranten. In Bergisch Gladbach gibt es dafür nur eine private Schule. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass die angebotene Kindesbetreuung nicht so gut ist. Viele Mütter mit kleinen Kindern können ohne Kinderbetreuung den Kurs nicht besuchen. Die Volkshochschule bietet keine Kinderbetreuung an. Warum nicht?

Frau Münzer erinnert an Alphabetisierungskurse und Integrationskurse, bei denen in vielen Fällen nach zu betreuenden Kindern gefragt wurden. Wenn nur ein oder zwei Kinder gemeldet werden, wird in den seltensten Fällen eine Betreuung angeboten.

Herr Ljura erklärt, die Nachfrage sei groß genug. Viele Migranten würden sich nicht trauen zu fragen.

Frau Hänsch erklärt, dass es sich bei der Kinderbetreuung der Benedict-Schule um ein freiwilliges Angebot handelt. Die geringe Zahl an Unterbringungsmöglichkeiten liegt beim Bundesamt für Flüchtlinge und Migration. Es gibt klare Regelungen, wann überhaupt Kinder in eine Betreuung gebracht werden können. In der Berechnung werden Kinder mit Anspruch auf einen Kindergartenplatz nicht berücksichtigt. Die Benedict-Schule bekommt für ihre Betreuung keinen Zuschuss vom

Bundesamt für Flüchtlinge und Migration. Die Volkshochschule bietet keine Betreuung an, weil sie die Auflagen nicht mehr erfüllen kann. Eine Betreuung kann nur für spezielle Gruppen von Kindern und nur für spezielle Kurse angeboten werden. Dafür muss eine bestimmte Zahl Kinder zusammenkommen.

18.1. Anfragen zur Umsetzung des Integrationskonzeptes
0232/2014

Herr Farber kritisiert die Antwort als unzureichend. In parlamentarischen Gremien sei es üblich, bei mehreren Anfragen jede einzelne Anfrage zu wiederholen und präzise zu beantworten. Dies sei hier nicht erfolgt. Die Antwort enthält Antworten, die nicht erfragt wurden. Keine der Fragen wurde ausreichend beantwortet. Er bittet darum, dies zeitnah und vollständig nachzuholen. *(Die Frage wurde auch schriftlich eingereicht. Die Anfrage wurde erneut beantwortet, Anlage 5.)*

Herr Samirae verweist auf die Möglichkeit, sechs Seiten Präsentation auf einem Blatt zu drucken. Die Fragesteller benötigen eine Aufstellung nach Zeitperioden, was mit den 50.000 € Jahresbudget gemacht wird, wann zu welchem Zeitpunkt Geld an wen warum geflossen ist. Genaue Kalenderangaben fehlen. Der neue Integrationsrat mit neuen Mitgliedern sei der professionellen Arbeit vielleicht ein wenig förderlich. Er bittet um Auskunft, was in den Zeitperioden jährlich gemacht wurde.

Frau Münzer ist verwundert, dass nach Jahren diese Anfragen gestellt wurden und der Rechenschaftsbericht verlangt wird.

Herr Farber findet die Ergebnisse völlig unvollständig. Die Ankündigung des Instituts für soziale Innovation (Nachhaltigkeitsüberprüfung, jährlicher Bericht u. a. an den Integrationsrat) wurde nicht umgesetzt. Angesichts der zur Verfügung gestellten Mittel erwarte er entsprechende Ergebnisse.

Herr Samirae schließt sich dem an. In einem Jahr sei aufgrund einer Dauererkrankung nichts passiert. In den Mitteln sind auch Personalkosten enthalten. Gleichzeitig wurde die erkrankte Person von der Krankenkasse bezahlt. Herr Samirae möchte wissen, was aus dem Personalkostenanteil geworden ist. Außerdem wurde bisher nicht geprüft, ob das geplante Ergebnis erreicht wurde.

Der Vorsitzende Herr Iyilik bedankt sich für die Beratung und schließt die Sitzung um 21.33 Uhr.

gez. Iyilik
Vorsitzender

gez. Schriftführung